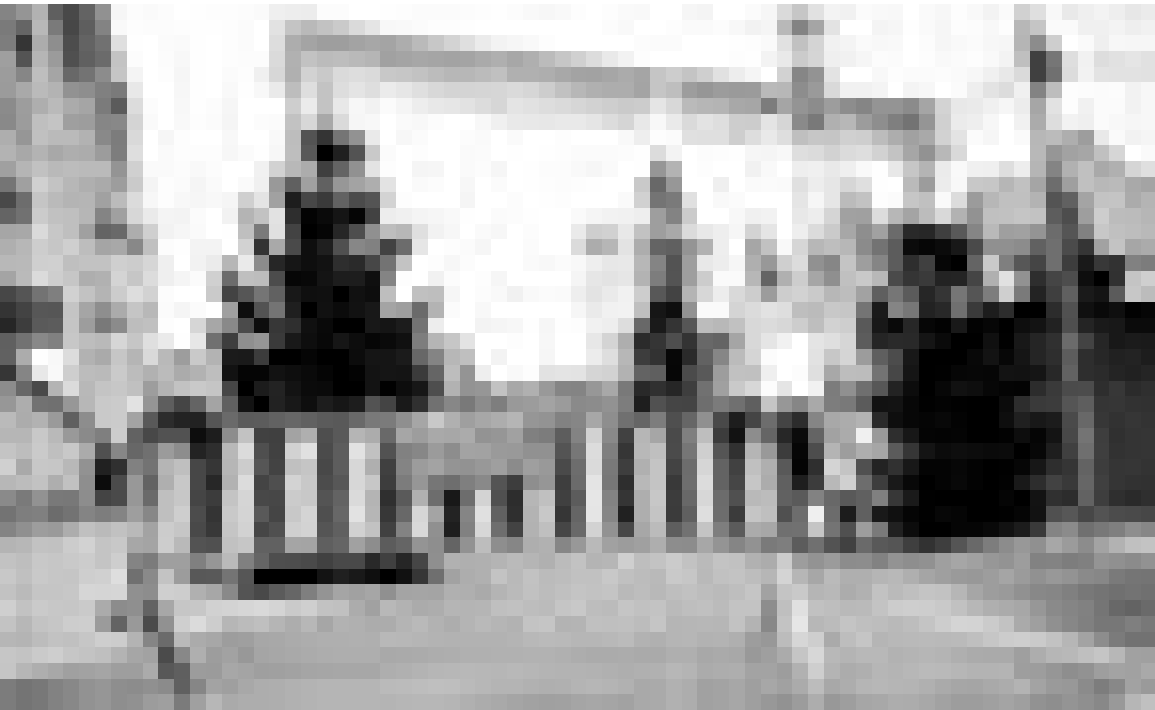


DIFFERDINGEN

Putsch oder Befreiungsschlag?



Differdingens Zukunft: "No way out" oder "Morgen kommt der Weihnachtsmann"? (Foto: Christian Mosar)

Gegen die jahrzehntelange LSAP-Dominanz im Differdinger Polit-Dschungel haben sich nun DP, CSV und die Grünen verbündet. Für welche Politik dieser Zusammenschluss steht, wird sich erst zeigen müssen.

(RK) - Dienstagabend, halb zehn, im Café Wampach in Differdingen: Die Stimmung ist gelöst. Die Mitgliederversammlungen von CSV, DP und den Grünen haben vor wenigen Minuten das neue Koalitionsabkommen angenommen. Das Café Wampach, das Lokal der Grünen, ist heute Abend Treffpunkt der drei Parteien - für Pressegespräche und für einen gemeinsamen "Patt". "Wie viele Leut hattet ihr denn?" "28, und keine Gegenstimme." "Wo bleibt die DP?" "Sind unterwegs, ich hab' sie schon am Handy gehabt."

Wechsel-Koalition

Ein bisschen spannend war es schon, denn vor zwei Jahren, gleich nach den Wahlen, war der Versuch eine CSV-DP-Grüne-Koalition aufzustellen, am Votum der grünen Basis gescheitert. "Seinerzeit setzten die Grünen auf das Zustandekommen einer Linkskoalition mit LSAP und 'déi lénk'", erklärt der grüne Gemeinderat Jeannot Logelin. "Im Nachhinein tut es uns leid, dass wir nicht schon damals zustimmten", fügt er hinzu, "wir wollen jetzt den Wechsel."

"Wir sehen in der Umweltpolitik einen der Schwerpunkte", so Jeannot Logelin. Sorgen mache zum Beispiel die geplante "Primus-Anlage" der Firma Paul Wurth: "Dort fallen gesundheits-schädliche Substanzen an, und im Genehmigungs-Dossier fehlen Garantien in puncto Kontrolle und Schutz." Wichtig sei auch die Sanierung des Stadtzentrums, wo zahlreiche Gelegenheiten verpasst worden seien. Die Koalition habe eine Liste prioritärer Projekte aufgestellt,

unter dem Vorbehalt, dass sie praktisch und finanziell machbar sein müssen.

Diese Einschränkung kommt nicht von ungefähr. Tom Ulveling (CSV) spricht von einer "katastrophalen Erbschaft". "Allein durch den Finanzskandal im Niederkorner Spital wurden 300 bis 400 Millionen LUF leichtsinnigerweise verpulvert." Vor allem solle die neue Mehrheit eine neue Transparenz in den Gemeindeangelegenheiten schaffen. Zum Beispiel bei der Umgestaltung der "Moartplaz": Die war für 150 Millionen renoviert worden, das Ergebnis findet aber bei den EinwohnerInnen kaum Gefallen. "Wir werden die Leute vorher fragen", versichert Tom Ulveling.

Umgestaltung der "Moartplaz"

"Von den Plänen für die Renovierung haben wir seinerzeit aus dem Tageblatt erfahren", sagt Claude Meisch, der jetzige DP-Schöffe und designierte Bürgermeister. Die drei Koalitionspartner sind sich einig: Die "Moartplaz" soll schöner werden, ohne dass es allzuviel kosten darf. "Wir haben andere Prioritäten", so Claude Meisch. Der Stadtkern soll neubelebt werden, zum Nutzen von Lebensqualität und Geschäftswelt. Auch er findet: "Die Gemeindeverwaltung ist auf Distanz zum Bürger, das muss sich ändern."

Die Entfremdung der beiden Koalitionspartner DP und LSAP hatte sich über die vergangenen sechs Monate hingezogen. Doch schon 1999, nach den Wahlen, hatte das Benehmen der LSAP

böses Blut gemacht. "Eigentlich hatte die Spitze der LSAP, die Leute, mit denen ich im Schöffenrat saß, eine Koalition mit der CSV geplant. Es war die sozialistische Basis, die das verhinderte", erzählt Claude Meisch. Auch Tom Ulveling erinnert sich: "Die Sozis haben damals drei Verhandlungen parallel geführt."

Die dritte Variante war die Linkskoalition. "Die ist 1999 nicht an uns gescheitert, auch nicht an 'déi lénk', sondern an der Postenverteilung", berichtet Jeannot Logelin. Vier Posten im Schöffenrat standen fünf Anwärter gegenüber: je ein Vertreter der "Kleinen" sowie die LSAP-Führungsriege: Marcel Blau, Erny Kass und Cornel Meder. Die aber zahlen jetzt die Zeche. Nicht nur die Gemeindeführung werden sie bald abgeben müssen, auch in der LSAP wurden sie abgesägt. "Dass wir da mit hineingezogen werden sollten, hat uns missfallen", sagt Jeannot Logelin. "Wir bekamen sogar Anrufe von der LSAP-Parteispitze. Doch für uns war die Glaubwürdigkeit der Differdinger LSAP erschüttert."

Rechts oder links?

Gegenüber der woxx bedauert Ali Ruckert von "déi lénk": "Die Rechtskoalition hätte verhindert werden können, wenn die LSAP-Schöffen und Emile Back rechtzeitig zurückgetreten wären." Letzterer war 1999 auf der "déi lénk"-Liste gewählt worden, war dann aber aus der Partei ausgetreten, ohne sein Mandat zurückzugeben. "1999 waren die Gespräche sehr positiv verlaufen, doch die LSAP wollte nicht. Jetzt haben die Grünen eine Art Revanche genommen, doch zusammen mit CSV und DP kann keine linke Politik herauskommen", so Ali Ruckert.

Nadine Ewerling, Präsidentin und neue Spitzenfrau der LSAP in Differdingen, äußert der woxx gegenüber ebenfalls Bedauern: "Ich hätte mir eine Linkskoalition in Differdingen sehr gut vorstellen können." Die Zusammenarbeit sei gut gewesen, insbesondere mit den Grünen. "Gescheitert ist es 1999 an den Forderungen von 'déi lénk', zum Beispiel in Sachen Industriebrachen, die einfach nicht realistisch waren", sagt Nadine Ewerling.

Von der neuen Rechtskoalition befürchtet sie vor allem, dass sie im sozialen Bereich Abstriche macht. "Enttäuschend ist, dass die Grünen einen Rechtskurs gewählt haben. Gerade angesichts der Weltlage ist das ein falsches Signal. Auch als Gemeindepolitikerin darf man diese Dimension nicht aus den Augen verlieren", findet Nadine Ewerling. Demgegenüber ist für Jeannot Logelin das Hauptkriterium, "dass die Leute gut zusammenarbeiten können". Und: "Hier in Differdingen wird es Zeit, dass überhaupt wieder etwas in Bewegung kommt."

kommentar

"Illegale Tote" sind stumme Zeugen in Laeken

Die derzeitige Asyl- und Einwanderungspolitik fördert den Menschenhandel und kriminelle Schleuserbanden.

Im Amsterdamer Vertrag ist es festgehalten: Bis 2004 gilt es einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes innerhalb der europäischen Union zu schaffen, dies beinhaltet ein gemeinsames Asyl- und Einwanderungssystem. Im Oktober 1999 hatten die Regierungschefs im finnischen Tampere diesbezüglich klare Aussagen gemacht. In der Stellungnahme wurden eine offene Asylpolitik für alle schutzbedürftige Menschen und legale Einwanderungsmöglichkeiten versprochen. Auf dem EU-Gipfel in Laeken werden die Regierungschefs eine Zwischenbilanz ziehen: Was wurde in zwei Jahren erreicht? Tatsächlich ist der legale Zugang zur Europäischen Union weiterhin für Asylsuchende unmöglich. Oft müssen sie ihr Leben aufs Spiel setzen, um mit Hilfe von Schleusern illegal in unsere Länder zu gelangen. Die acht illegalen Toten, die in Irland am letzten Wochenende entdeckt wurden, werden stumme Zeugen auf dem Gipfeltreffen sein. Auf Ratsebene werden in endlosen Diskussionen Vorschläge hin und hergeschoben, so dass es zur Zeit erst eine einzige Direktive in diesem Bereich gibt.

Es fehlt den einzelnen europäischen Regierungen eindeutig am politischen Willen um im Migrationsbereich an einer konstruktiven Harmonisierung zu arbeiten. Bleiben jedoch die europäischen Regierungen dabei, die Einwanderung einzig und allein durch Kontroll- und Bekämpfungsmaßnahmen regeln zu wollen, so werden wir es vermehrt mit Phänomenen wie Menschenhandel, kriminellen Schleuserbanden und illegaler Zuwanderung zu tun haben.

Auch macht die oft gepriesene, verstärkte Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern nur Sinn, wenn den wirklichen Bedürfnissen der dort lebenden, schutzbedürftigen und ausreisewilligen Menschen Rechnung getragen wird. Die Liste der Länder, mit denen die Europäische Union in den letzten Jahren eine verstärkte Zusammenarbeit anstrebte, beinhaltet auch Afghanistan, Irak, Somalia ...

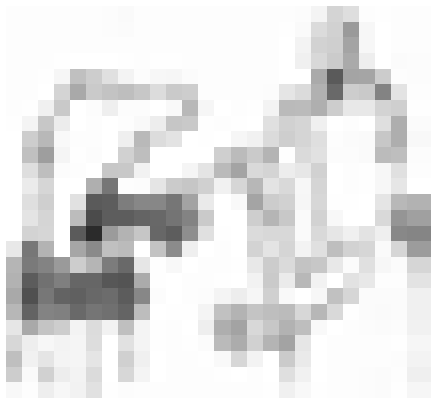
Den Regierungschefs ist demnach Zivilcourage zu wünschen, um diese Realitäten ins Auge zu fassen und um der dringend erforderlichen, gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik den nötigen Auftrieb zu geben. Dabei ist die berechtigte Sorge um innere Sicherheit wieder in Einklang zu bringen mit dem fundamentalen Recht eines Jeden auf ein menschenwürdiges Leben.

Agnes Rausch ist Verantwortliche für den Flüchtlingsdienst der Caritas Luxemburg

De Tampere a Laeken

En '99 l'UE veut harmoniser ses politiques d'asile et d'immigration. Laeken dressera un premier bilan ...

Winterzeit = Erkältungszeit ...



... auch in der woxx!



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: **Gréngespaun** - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion:** Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Druck:** Imprimerie COPE, Luxemburg • **Einzelpreis:** 60,- LUF / 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 2.400,- LUF (Ausland zzgl. 900,- LUF); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 1.000 LUF. • **Postscheckkonto:** CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Rechercheffonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidaritéit mam Gréngespaun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79